

Abschlussstatement „Progressives Netzwerk Deutschland-Polen“-Treffen am 16./17.6.

Das 25. Jubiläum der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit steht für ein Vierteljahrhundert, in dem Deutschland und Polen immer weiter zusammengewachsen sind. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch kam es innerhalb von wenigen Jahren zu solch engen Verflechtungen, wie wir sie uns lange Zeit nicht hätten träumen lassen.

Seit den polnischen Parlamentswahlen im Oktober 2015 scheint dieses gute Verhältnis auf die Probe gestellt. Die Debatten der letzten Monate haben gezeigt, wie schnell überwunden geglaubte Klischees und alte Denkmuster wieder zurückkehren können. Dies betrifft nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern die politische Situation in Europa insgesamt. Deutschland und Polen verstehen sich heute als wichtige Partner innerhalb der Europäischen Union. Und diese befindet sich derzeit in einer tiefen Krise.

Das Ergebnis des Referendums in Großbritannien ist ein Zeichen dafür, dass die EU kein Selbstläufer mehr ist. Sie ist das erfolgreichste und weltweit bisher einzigartige Friedensprojekt, welches unserem von grausamen Kriegen geprägten Europa mittlerweile über 60 Jahre Frieden gesichert hat. Doch dieses Argument allein zieht nicht mehr, um die Menschen von der europäischen Idee zu überzeugen. Die EU beansprucht, ein Raum des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands zu sein. Aber das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU und der einzelnen Gesellschaften wird inzwischen häufig wieder größer. Viele Menschen haben ihren Platz in der Gesellschaft nicht gefunden, haben den Glauben an die Politik und die politischen Eliten verloren, fürchten den sozialen Abstieg. Deutschland und Polen sind zwar im gesamteuropäischen Vergleich verhältnismäßig gut durch die Finanz- und Schuldenkrise gekommen, Polen wird als Wachstumswunder gepriesen. Doch die makroökonomischen Erfolge scheinen bei vielen Menschen nicht anzukommen, die unter prekären Bedingungen z.B. auf der Grundlage so genannter „Müllverträge“ arbeiten. Der Wahlsieg der PiS kann nicht zuletzt auf diese ökonomische Unzufriedenheit zurückgeführt werden: Viele Wähler_innen folgten den sozialpolitischen Versprechungen der PiS. Gleichzeitig sind die polnischen Wahlen von 2015 wie auch die jüngsten Wahlerfolge der Alternative für Deutschland und der Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien in ganz Europa als Zeichen des Protests zu verstehen: Den etablierten Parteien, „denen da oben“, wollen viele Wähler_innen einen Denkmittel verpassen. In vielen Ländern, so auch in Deutschland und Polen, sind es vor allem die progressiven Parteien, die sich mit dem Entzug von Vertrauen durch die Wähler_innen konfrontiert sehen, auch weil sie manchmal selbst versucht haben, mit einfachen Antworten einem vermeintlichen Wählerwillen hinterherzulaufen, statt klar zu progressiven Positionen zu stehen.

Alle demokratischen Parteien stehen vor der Aufgabe, die Kluft zwischen Parteien und Bevölkerung zu verringern und die Menschen zu politischer Teilhabe zu befähigen und zu motivieren. Dabei geht es zum einen um den politischen Prozess an sich: Die repräsentative Demokratie ist auf Parteien zur Aggregation und Artikulation von Interessen angewiesen. Daher müssen Parteien Wege finden, mehr Menschen zu erreichen. Hierbei gilt es, die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts zu beachten. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für politisches Engagement entsprechend gestaltet werden. Zum anderen geht es um politische Inhalte: Die progressiven Parteien müssen für ihre Kernkompetenzen, für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit glaubhaft eintreten, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene.

Regierungskonstellationen ändern sich. Sie sind mal günstiger, mal weniger günstig. Zivilgesellschaftliche und persönliche Bande sind dagegen beständig. Die polnischen und deutschen

Akteur_innen des Progressiven Netzwerks arbeiten ungeachtet der politischen Rahmenbedingungen seit 2012 konstruktiv zusammen. Diese Zusammenarbeit ist gerade dann, wenn es auf Regierungsebene schwieriger wird, besonders wichtig.